

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Carl Neubauer
Hauptredaktion: Neubauer
Königsplatz 10, 8001
Schriftleitung u. Anzeigenservice:
Neubauer & Co., Neustadtstr. 28/29

Verantwortl. Red. Hans Neubauer
Eigentümer: Carl Neubauer
Hauptredaktion: Neubauer
Königsplatz 10, 8001
Schriftleitung u. Anzeigenservice:
Neubauer & Co., Neustadtstr. 28/29

Druck: Carl Neubauer
Hauptredaktion: Neubauer
Königsplatz 10, 8001
Schriftleitung u. Anzeigenservice:
Neubauer & Co., Neustadtstr. 28/29

Neues japanisches Ultimatum an China

Chinesische Vorbereitungen zum Kleinkrieg

Tokio, 17. Februar. Die Regierung hat den Oberbefehlshaber der japanischen Truppen in Shanghai ermächtigt, in einem Ultimatum zu verlangen, daß die 19. chinesische Armee binnen einer bestimmten Frist bis 20 Kilometer von der Grenze der internationalen Konzeption zurückgezogen wird. Der japanische Gesandte in China hat seiner Regierung mitgeteilt, daß man noch keine Ansicht über die Hoffnungen aufgeben müsse, die Chinesen zum freiwilligen Rückzug zu bewegen.

„China ist unbeflegbar“

Schanghai, 17. Februar. Wie aus Hankow gemeldet wird, erklärte der chinesische Ministerpräsident Wang Jinsui, daß Japan China nicht belagern könne, auch wenn die chinesische Armee von den Japanern eingeschlagen werden sollte. Die Japaner könnten wohl chinesische Städte und Dörfer zerstören; aber sie könnten nicht den nationalen Geist des chinesischen Volkes zerstören.

China werde in jedem Falle passiven Widerstand leisten und einen Kleinkrieg führen.

China werde auch den gegenwärtigen Zustand in die Länge ziehen, da die Regierung wisse, daß Japan nicht Jahre lang eine Armee in China unterhalten könne. Wir erklären ausdrücklich, so schloß Wang Jinsui, daß wir nur dann mit Japan einen Frieden schließen würden, wenn Japan Bedingungen des chinesischen Gebietes räumt. Andernfalls seien keine Verhandlungen mit Japan möglich.

Japan über den Völkerbund entrüstet

Tokio, 17. Februar. Der Appell der Ratsmächte an Japan, der eine Beendigung der Feindseligkeiten in Shanghai fordert, hat in politischen, militärischen und journalistischen Kreisen eine heftige Erregung hervorgerufen, weil er nur an Japan gerichtet worden ist. In diesen Kreisen wird die Ansicht vertreten, daß der Schritt des Völkerbundes lediglich auf das Betreiben Englands und Amerikas zurückzuführen sei und den erfolgreichen Versuch darstelle, den Völkerbund zu einem politischen Instrument einzelner Mächte oder einzelner Gruppen zu machen und ihn in den Dienst von Sonderinteressen zu stellen.

Aus Genf wird dazu gemeldet: In dem gestern der japanischen Regierung übermittelten Appell des Völkerbundes heißt es u. a.: „Der Zwölfmächteappell spricht den ernst-

lichen Wunsch aus, daß Japan eine verständliche und kluge Haltung einnehme angesichts der Tatsache, daß es Mitglied des Völkerbundes und ständiges Mitglied des Völkerbundesrates ist. Der Konflikt in Ostasien soll von der mit Zustimmung der beiden Streitenden Parteien eingesetzten Kommission geprüft werden.

Der Shanghai-er Zwischenfall ist jedoch nach der Bildung der Kommission eingetreten. Er droht, den ersprießlichen Verlauf der jetzt laufenden Abrüstungskonferenz zu gefährden.

Dem Zwölfmächteappell sind die Beschwerden Japans wohl bekannt. Er hat deshalb auf Japan, das in den letzten Monaten seine internationalen Verpflichtungen loyal gehalten hat, Vertrauen gesetzt. Der Zwölfmächteappell kann jedoch nur tiefes Bedauern darüber ausdrücken, daß die japanische Regierung sich nicht in der Lage sieht, eine Methode der friedlichen Regelung innerhalb der Bestimmungen des Völkerbundes anzunehmen. Wir erwarten, daß Japan gegenüber der Weltöffentlichkeit nachweist, daß seine Aktion gerecht und maßvoll ist. Der Zwölfmächteappell appelliert dringend an das Gewissen Japans in der Erwartung, daß Japan seine Verpflichtungen anerkennen und das Vertrauen, das die Mächte der Welt auf Japan setzen, rechtfertigen wird.

Der japanische Delegierte hat an den Ratspräsidenten mehrere Nachfragen gerichtet. Er fragte u. a., ob unter „Wahlgang“ die bedingungslose Zurückgabe der Truppen aus Shanghai zu verstehen sei, worauf Paul Boncour erwiderte, es sei in erster Linie an die Errichtung einer neutralen Zone und die Verwirklichung des Völkerbundes durch den Völkerbund gedacht. Die Frage, warum der Appell nur an Japan und nicht auch an China gerichtet sei, beantwortete Paul Boncour dahin, daß Japan als Großmacht und ständiges Mitglied der Völkerbundsmächte eine besondere Verantwortung habe.

Neuer amerikanischer Protest

Tokio, 17. Februar. Nach amtlichen Mitteilungen aus japanischer Quelle soll der amerikanische Staatssekretär Stimson eine neue Protestnote gegen die Landung japanischer Truppen in der internationalen Konzeption vorbereitet. Danach würden die Vereinigten Staaten Japan für den Fall verantwortlich machen, daß infolge eines chinesischen Vorgehens amerikanische Bürger getötet würden. Stimson hoffe, daß sich Frankreich und Großbritannien seinem Protest anschließen würden.

Die Genfer Konferenz in Erwartung der Rede Radolnys

Von unserem nach Genf entsandten W.-H.-Sonderberichterstatter

Ueberreichung der deutschen Vorschläge

Genf, 17. Febr. Durch die plötzliche Abreise der wichtigsten französischen Delegierten von Genf als Folge des Rabinettstausches in Paris hat die Konferenzlage plötzlich ein anderes Gesicht erhalten. Frankreich wird hier vorläufig nur noch durch Paul Boncour, den Ratspräsidenten, und durch den viel gemordeten und viel erfahrenen Wallig als Führer der Konferenzdelegation vertreten sein. Ob unter diesen Umständen sofort von französischer Seite auf

die morgige Rede Radolnys

geantwortet werden wird, ist noch unklar. Es ist bekannt, daß Paul gerade im Hinblick auf diese geplante Antwort vom Senat — allerdings erfolglos — Verlangung der Aussprache verlangt hat. Die zweite deutsche Rede hat dadurch natürlich nichts an ihrer besonderen Bedeutung verloren. Man kann annehmen, daß Radolny die Frage der gleichen Sicherheit in den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellen wird. Die Sicherheit des einen darf nicht die Unsicherheit des Nachbarn sein.

Man wird im übrigen gespannt sein, ob diese neue Rundgebung Deutschlands eine Ergänzung der Berliner Rede bringen wird und ob der Vertreter Deutschlands es versteht, bei der Begründung der deutschen Abrüstungsvorschläge glückliche, einprägnante und mutige Worte zu finden, an denen die Beschlüsse später nicht mehr vorbeigehen kann.

In jedem Falle wäre es falsch, in dieser Begleitrede das Abrüstungsproblem ausschließlich in den Vordergrund zu stellen. Richtig wird man erwarten müssen, daß Radolny sich wenigstens den einen Vorteil dieser letzten Rede, die Möglichkeit, schon einen Querschnitt aus der Stellungnahme der einzelnen Mächte zu ziehen, zunutze machen wird. Das ist ein schwer wieder auszumachen der Fehler war, die deutschen Vorschläge dem Kongress erst jetzt als Material vorzuliegen, wird eigentlich kaum mehr bestritten. Wir haben den Vorteil, den und die Anwesenheit Radolnys gleich zu Beginn der Genfer Aussprache hat, nicht genügend ausgenutzt. Das die Herausarbeitung weniger allgemeiner

Grundsätze in der Rede des Kanzlers allein nicht genügt, um der Debatte eine bestimmte Richtung zu geben, haben die späteren Reden klar gezeigt.

Man muß hier in Genf sehr deutlich werden.

am die Gegenpieler und die eigenen Mitspieler zu amolgen, Worte zu bekennen, und man kann auch hier ohne besonderes Risiko so reden. Wir hoffen, daß Radolnys Rede der ganz eigenartigen Rolle, die Deutschland hier zu spielen hat, gerecht wird und wenigstens nach Möglichkeit das wieder gut macht, was durch unrichtige Uebersetzungen bisher verurteilt worden ist.

Wolfgang Radolny wird, wie wir von unterrichteter Seite erfahren, dem Vorsitzenden der Konferenz heute abend die deutschen Abrüstungsvorschläge überreichen.

Nach Oesterreich verlangt Wehrhoheit

Genf, 17. Februar. In der heutigen Vormittagsagung der Abrüstungskonferenz gaben die Vertreter Finnlands und Rumänien's programmatische Erklärungen ab. Der finnische Außenminister, Baron Friis-Rosdinen, entwickelte den Gedanken, daß der Grundfah „Friede durch Recht“ Friede durch eine internationale Organisation bedeute. — Der rumänische Außenminister Ghika stellte in Uebereinstimmung mit der polnischen Auffassung die moralische Erklärung und die Verstärkung der Sicherheit in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Die Rührungen Rumänien's entsprächen nicht den Anforderungen seiner Sicherheit; die Begrenzung seines Programms in dieser Hinsicht hänge von den Garantien ab, die ihm zugesichert würden, und von der Artung der vertragmäßigen Abrüstungsbestimmungen.

Der Vertreter Oesterreichs, Gesandter Kragel,

erklärte in seiner Rede, daß Oesterreich alle Anregungen für eine wirksame und möglichst weitgehende Oerabteilung des Abrüstungsproblems begrüße. Er wolle aber fragen ob dieses Ziel, das auch eine wirtschaftliche Verteidigung und Erleichterung in sich schließt, erreicht werden könne, wenn für Oesterreich die Ungleichheit von Recht und Sicherheit

bestehen bleibt, die aber das Land verhängt ist. Dieser Zustand sei auf die Dauer für kein Volk erträglich. Gesandter Kragel hob das Mißverhältnis hervor, das zwischen den neuen Oesterreich ergriffenen Maßnahmen und Oesterreichs Bedürfnissen bestehe, und erklärte zum Schluß, daß die erste Konvention über die Begrenzung der Waffnungen, die von Oesterreich als vollkommen gleichberechtigtem Partner unterzeichnet würde, der erste Schritt zum organisierten Frieden sein könnte.

Als letzter Redner sprach der Delegierte Estlands, der sich gleichfalls für die völlige Abschaffung der schweren Angriffswaffen einsetzte.

Die für heute nachmittag festgesetzte Vollendung der Abrüstungskonferenz ist um die Mittagsstunde abge sagt worden. Die nächste Vollversammlung findet am Donnerstag um 10 Uhr statt.

Garantien gegen litauische Willkür!

Von unserem nach Genf entsandten W.-H.-Sonderberichterstatter

Genf, 17. Februar. Die nächste Ratsagung über Memel, die vielleicht doch morgen stattfinden wird, wird hoffentlich die großen Gesichtspunkte des Memelkonflikts endlich klar hervortreten lassen und verhindern, daß aus Litauens oftstündigen und planmäßigen Angriffen auf die Memelautonomie aus dem unerhörten Mißbrauch der Staatsgewalt schließlich nur ein „Fall Württemberg“ oder eine knifflige Rechtsfrage wird, die dem Rat überlassen wird. Das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen ist von einer wirklichen Beugung und noch mehr von wirksamen Garantien für die Zukunft weit entfernt.

Es muß dem Rat vom Vertreter Deutschlands sehr deutlich zu Bewußtsein gebracht werden, daß es sich nicht um irgendeine der zahllosen Kinderheitsbeschwerden handelt, sondern um einen sehr ernsthaften Konflikt an einem der bedrohlichsten Gefahrenpunkte Europas.

wo jeder Funke einen Brand erzeugen kann, dessen Umfang gar nicht abzusehen ist. Man wird auf deutscher Seite sich auch dessen bewußt sein müssen, daß es hier um eine grundsätzliche Frage geht, von der unser Ansehen jenseits der deutschen Oegrenze abhängt und mit dessen Erledigung auch das Vertrauen der Bevölkerung Oesterreichs und Danzigs aufs engste zusammenhängt, ganz abgesehen von den Rückwirkungen auf alle Rinderarbeiten. Litauens Verhalten wirkt ohne jeden Zweifel die Frage auf, ob diesem Lande noch weiter ein Verfügungsrecht über Memel gelassen werden kann, nachdem es durch mehrfache leichtfertige und übermäßige Wüstungen der Memelautonomie hier ununterbrochene Konfliktursachen geschaffen hat und damit die Befriedung im Osten verhindert. Es handelt sich vor allem um Garantien für die Zukunft, um ein Unschädlichmachen der Brandstätte: ein einmaliges Löschen des Feuers kann auf keinen Fall genügen!

Schwierige Rabinettbildung in Paris

Paris, 17. Febr. Der Präsident der Republik, Doumergue, hat seine Besprechungen mit den führenden Parlamentariern am Mittwochvormittag wieder aufgenommen, um die Krise möglichst bald zu beenden. Nach der Uebersicht der Alterspräsidenten der beiden Kammern, die Fraktionsführer mit Derris und Leon Blum an der Spitze, sowie die Vorsitzenden der Ausschüsse im Elysee. Obwohl über den Gang der Verhandlungen stillschweigend berichtet wird, heißt es doch, daß noch viele Fragen ungeklärt seien. Die größte Schwierigkeit liegt zweifellos darin, daß der Senat eine Verweigerung der Regierungsbildung nach links wünscht, während die Kammermehrheit fest entschlossen ist, sich nicht, an dem bisherigen Zustand bzw. dem nationalen Block festzuhalten. In politischen Kreisen wird vielfach bereits der Gedanke erörtert, daß es vielleicht notwendig sein werde, die Kammer aufzulösen und beschleunigte Neuwahlen anzubahnen. Im übrigen spricht man von einer Kombination Paul Boncour — Tardieu. Andererseits werden aber auch Senatoren wie Parthou oder Chéron als geeignete Persönlichkeiten für die Rabinettbildung genannt.

Ein Artillerieleutnant von einem Posten erschossen

Dalberstadt, 17. Febr. Der 25jährige Artillerieleutnant Gauß aus Dalberstadt wurde bei einer Wunde durch den Munitionsschuppen in den bei Dalberstadt gelegenen Tellenbergen von einem Wachtposten nicht erkannt und angeschossen. Mit einem Unterleibschuß wurde der Leutnant in das Dalberstädter Garnisonlazarett gebracht, wo er heute vormittag starb.

Neue Kriegerkolonnen im Rajewenhof

Thede, 17. Febr. Drei Kommunisten gelang es in der vergangenen Nacht, aber die Mauer in den Hof der Artilleriekaserne zu gelangen, wo sie Flugblätter ankleben und umherstreuten. Im Laufe des Vormittags wurden zwei Personen verhaftet, die unter dem dringenden Verdacht stehen, sich an der Propagandaaktion beteiligt zu haben.